Erschienen in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/ 2000

Globaler New Deal für den Ausstieg aus fossilen Energien.

Ölpreise, Ökosteuern und das Konzept einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik im 21. Jahrhundert

Mohssen Massarrat
Oktober 2000

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung

2. Ölpreise waren immer politisch regulierte Preise

3. Angebot- und nachfrage-orientierte Lösungen im Vergleich

4. Neue Wege und Allianzen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Das Konzept eines globalen New Deal

1. Einführung

Im 20. Jahrhundert wurde die ökonomische Prosperität über weite Strecken durch Überausbeutung von erschöpfbaren fossilen Energieressourcen erkauft; dabei wurden massive Beeinträchtigungen der Erdatmosphäre in Kauf genommen und somit Menschheitsinteressen auf dem Altar von kurzfristigen Sonderinteressen und der Willkür einiger weniger Staaten und Konzerne geopfert. Es ist am Anfang des 21. Jahrhunderts an der Zeit Wege zu finden, um aus der fossilen Energieversorgung in der auf Grund der Tragfähigkeitskapazität der Erdatmosphäre übrig gebliebenen Restlaufzeit von ca. 50-75 Jahren auszusteigen, ohne dadurch in den Industrie- und Entwicklungsländern drastische soziale Verwerfungen hervorzurufen.

Geregelte Rahmenbedingungen für die Nutzung erschöpfbarer und strategischer Ressourcen - fossile Energieträger sind die wichtigsten strategischen Ressourcen - sind für eine funktionierende Weltwirtschaft und für das Überleben der Menschheit genauso existenziell wie es die Grundrechte für die Demokratie und ein friedliches Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft sind. Wie in der Demokratie die Willkür im Interesse der Allgemeinheit keinen Platz haben darf, ist es auch bei existentiellen Menschheitsfragen unerlässlich, Willkür und Sonderinteressen eines einzelnen Staates bzw. mächtiger Interessengruppen zurückzudrängen. Vor diesem Hintergrund möchte ich die Idee eines globalen New Deal für eine gemeinsame Nutzung der Energieressourcen in der Restlaufzeit vorschlagen und praktische Schritte dazu skizzieren. Der Konsens zwischen der Bundesregierung und der Atomindustrie über das Auslaufen der Atomkraftwerke in Deutschland - so überflüssig auch die Zugeständnisse gegenüber der Atomindustrie und so unbefriedigend die Festlegung der Restlaufzeit auf 32 Jahre auch sein mögen - zeigt, dass für Menschheitsprobleme kollektive Lösungen prinzipiell möglich sind. Warum sollte es also nicht möglich sein, auch für das Auslaufen fossiler Energieträger einen von der Staatengemeinschaft getragenen Konsens zu finden.

Die bisherigen internationalen Klimarahmenverhandlungen und Klimaprotokolle orientieren sich an der Nachfrageseite. Letztendlich geht es dabei darum, die Verbraucherstaaten zur Senkung des fossilen Energieverbrauchs zu verpflichten. Solange jedoch die Produzenten so viel produzieren wie sie wollen, sind Reduktionsverpflichtungen auf der Nachfrageseite nutzlos, da es weiterhin möglich bleibt, Mittel und Wege zu finden, um sie zu unterlaufen. Die Fixierung der Klimaverhandlungen auf die Nachfrageseite ist daher eine entscheidende Schwäche des angestrebten Klimarahmenabkommens. Die Idee des klimaschutzpolitischen New Deal zielt auf die Integration der Anbieterseite in die Klimaverhandlungsprozesse und in der Konsequenz auf die Verlagerung der Regulierung von der Nachfrage- auf die Anbieterseite. Doch bevor das Konzept eines New Deal vorgestellt wird, sollen möglichst knapp die fundamentalen Strukturprobleme des Ölweltmarktes skizziert werden, die untermauern, warum es eine unverzeihliche Zeitverschwendung wäre, der Illusion zu verfallen, die Industriestaaten könnten ihre Klimaschutzziele (Verbrauchsreduktion um 25% bis 2010 und um 80% bis 2050) durch isolierte technische oder preispolitische Einzelmaßnahmen verwirklichen. Die Darstellung beschränkt sich auf die aktualisierten Ergebnisse einer vor kurzem abgeschlossenen, umfangreichen Untersuchung.[1]

2. Ölpreise waren immer politisch regulierte Preise

Aus der Sicht der herrschenden neoklassischen Lehre ist der Ölmarkt ein Markt wie jeder andere, Angebot und Nachfrage würden auch hier den Ölpreis regeln. Ökonomiebücher mit diesem Mythos der neoklassischen Gleichgewichtstheorie füllen ganze Bibliotheksregale, die Realität der Energiemärkte und Ölpreise spricht jedoch eine andere Sprache. Hätten

[1] Massarrat, Mohssen, 2000: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik durch Mengenregulierung und neue globale Allianzen, Marburg (2., stark erweiterte Auflage).

tatsächlich Marktmechanismen den Ölpreis reguliert, hätten Produzenten wie Verbraucher ihr Marktverhalten tatsächlich nach ihrer individuellen Nutzenoptimierung gerichtet, wären Ölpreise stets Knappheitspreise gewesen und sie bewegten sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf einem deutlich höheren Niveau.

Die Tatsache der Erschöpfbarkeit - unabhängig davon, ob sie in 20 oder 100 Jahren erreicht wird - zwingt die Ölanbieter, ihr Angebot im Interesse eigener Nutzenoptimierung zu verknappen. Dazu bräuchten sie nicht einmal ein Kartell wie die OPEC, jeder Anbieter in seiner Funktion als Ressourceneigentümer ist ein "natürlicher" Monopolist, weil das Rohöl nicht vermehrbar ist. Die Anbieter dieses natürlichen Monopols verknappen ihr Angebot solange, bis die Nachfrage sinkt, sei es deshalb, weil alternative Energieträger inzwischen rentabel geworden sind, oder weil einfach insgesamt und weltweit die Kaufkraftgrenzen erreicht sind. Diese Erkenntnis gehört nicht nur zu den Binsenwahrheiten der klassischen politischen Ökonomie[2], sondern zur alltäglichen Erfahrung mit allen knappen Gütern. Ein weiterer Einflussfaktor des Preises bei erschöpfbaren Gütern ist die Zinsentwicklung auf den Finanzmärkten. Übersteigt die Zinsrate auf den internationalen Finanzmärkten die Rentabilitätserwartungen auf den Ressourcenmärkten, so wird das Ressourcenangebot erhöht und die Verknappung verringert, um die erzielten Einnahmen auf den Geldmärkten, die höhere Rendite erwarten lassen, anzulegen. Bewegt sich dagegen die Zinsrate unterhalb der Rentabilitätserwartungen, wird das Angebot zusätzlich verknappt. Auf diesen ebenfalls wichtigen Zusammenhang wies bereits der amerikanische Neoklassiker Harold Hotelling Anfang der dreißiger Jahre hin.[3]

Nach rein ökonomischen Entscheidungskriterien und nach den Lehren sowohl der klassischen politischen Ökonomie sowie der neoklassischen Ökonomie hätten Öl- und Energiepreise in der Vergangenheit insgesamt steigen müssen. Die Ölpreise sind aber nicht gestiegen, wie ökonomische Theorien es nahe legen, sondern sie sind über das gesamte 20. Jahrhundert – sieht man von den Preissprüngen 1974 und 1979 einmal ab - konstant geblieben oder sogar gesunken (vgl. die Grafik). Das Öl ist erschöpfbar, der weltweite Verbrauch steigt exponentiell, der Ölpreis aber sinkt – ein Rätsel, ein Paradoxon? Möglicherweise ist diese Paradoxie die Ursache dafür, dass die herrschende Neoklassik (z.B. Solow) das Knappheitsproblem beim Öl durchweg ignoriert. Konjunkturelle Einflüsse, Entdeckung neuer Ölquellen oder gar eine Erhöhung der Lebensdauer von rentablen Reserven erklären zwar eine Abnahme der Preissteigerungsraten, bestenfalls auch kurzfristige Preisbewegungen, keineswegs jedoch die langfristige Preissenkung.

Öldumpingpreise durch Abkopplung der Anbieter- von der Nachfrageseite

Des Rätsels Lösung ist, dass es den Industriestaaten immer wieder und auf verschiedenen Wegen gelungen ist, die Anbieterseite und das Anbieterverhalten von der Nachfrageseite und die Ölpreise von der Nachfrage abzukoppeln und so die Preiselastizität der Nachfrage auf Null zu drücken. Diese Abkopplungsstrategie erfolgte bis zum ersten Ölpreisschock 1974 dadurch, dass die seinerzeit den Weltölmarkt beherrschenden sieben größten Ölkonzerne, die „seven sisters“, den Öleigentümerstaaten der Dritten Welt die Öllieferemengen und Preise diktierten. Letzteren wurde die Möglichkeit aus der Hand genommen, sich marktsouverän zu verhalten und durch Verknappung ihren Nutzen zu optimieren. Übrig blieb ihnen einzig die Möglichkeit, die eigenen Renteneinnahmen aus den Ölexporten statt durch Verknappung durch Angebotssteigerung zu erhöhen bzw. zu stabilisieren. Damit waren sie jahrzehntelang in die Falle der strukturellen Überproduktion und der Öldumpingpreise getappt, aus der sie über mehrere Jahrzehnte nicht heraus kamen.

Erst 1974 und 1979, nachdem sie sich in der OPEC zusammengeschlossen hatten, beendeten die Öleigentümerstaaten, allerdings nur für kurze Dauer, das monopolistische

[2] Vgl. Rententheorie nach Ricardo und Marx in Massarrat 2000: 44 ff.
[3] Vgl. Zinsraten-Ressourcenpreis-Mechanismus in Massarrat 2000: 137 f.

Diktat der Ölkonzerne und verknappten das Ölangebot. Die bekannten Preissprünge von 2 auf zunächst 14 (bzw. real auf ca. 30) US-Dollar/Barrel 1974 und dann auf 40 (bzw. real auf ca. 70) US-Dollar /Barrel 1979 resultierten aus der Überwindung der künstlichen Überproduktion und dem durch die OPEC hergestellten Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Dadurch traten sich zum ersten Mal in der Geschichte des Ölweltmarktes Anbieter- und Verbraucherstaaten mit annähernd gleicher Marktmacht direkt gegenüber, und zum ersten Mal wurde so gesehen auch die Grundlage für einen echten Wettbewerb zwischen verschiedenen Energieträgern in verschiedenen Teilen des Globusses und letztlich auch die Funktionsfähigkeit des gesamten Weltenergiemarktes überhaupt hergestellt. Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage führte zu einer Entspannung zwischen den Marktkräften, die vergleichbar ist mit einer elektrischen Entladung beim Zusammenprall verschieden geladener Wolkenformationen. Die Preisschocks resultieren also durchaus nicht, wie gemeinhin fälschlicherweise angenommen wird, aus einer zielgerichteten oder gar bösartigen Politik der OPEC. Zu derart blitzartigen und für den Weltmarkt folgenreichen „Entladungen“ kann es, wie wir es gerade in diesen Wochen erleben, immer wieder kommen, solange die Industriestaaten sich weigern, die Tatsache der Ölknappheit anzuerkennen und so lange diese glauben, das Naturgesetz der Erschöpfbarkeit künstlich aushebeln zu können.[4]

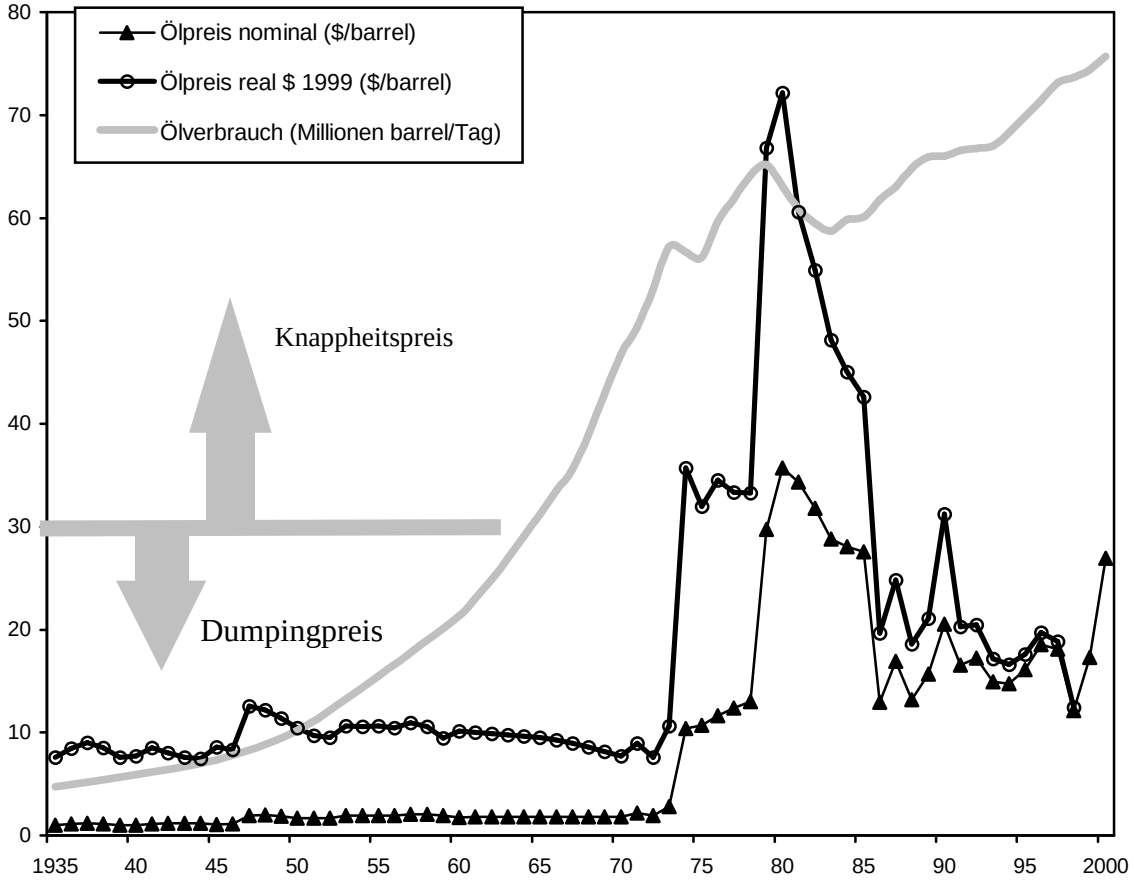
Die OPEC-Ölverknappung führte zum bisher weltweit einmaligen Verbrauchsrückgang (siehe Grafik) und zu den innovativsten Lenkungseffekten zur Energieeffizienzsteigerung sowie zur Entwicklung regenerativer Energietechnologien. Zum ersten Mal drang die Tatsache der Ölknappheit in das öffentliche Bewusstsein. Die Lenkungseffekte waren flächendeckend und global, verursachten keine Wettbewerbsverzerrungen und lösten sogar auch in den USA, dem Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Energieverbrauch und der geringsten Bereitschaft, von sich aus den Energieverbrauch zu reduzieren, einen beachtlichen Innovationsschub zum Ausbau regenerativer Energien aus. Spätestens ab Mitte der achtziger Jahre wurde jedoch der Weltmarkt buchstäblich mit Öl überschüttet und die Ölpreise begannen zu sinken, um Anfang 1999 das Rekordtief von 10 US-Dollar/Barrel und darunter zu erreichen. Erneut war es den Industriestaaten geglückt, die Anbieter- von der Nachfrageseite auf dem Ölmarkt abzukoppeln und die Funktionsfähigkeit des gesamten Weltenergiemarktes auszuhebeln, die Knappheitstendenzen künstlich durch Überproduktion und die Knappheitspreise durch Dumpingpreise abzulösen. Dies erfolgte nicht mehr durch die Ölkonzerne, da diese ihre Nutzungsrechte in den OPEC-Staaten weitgehend verloren hatten, sondern durch eine koordinierte Politik und direkte Intervention der OECD-Staaten selbst. Schön frühzeitig zeigte Henry Kissinger, der eigentliche Architekt der neuen OECD-Energiepolitik die Richtung auf. "Durch die energiepolitischen Maßnahmen der OECD-Staaten könnte erreicht werden, dass die OPEC ab 1980 überschüssiges Öl produziert", prophezeite Kissinger in der ARD-Sendung "Tagesthemen" am 02.02.1975. Kissinger hatte sich nur hinsichtlich des Zeitpunkts der Ölschwemme um fünf Jahre verschätzt, die nicht 1980, sondern 1985 aufgetreten ist, der Sturz des Schah-Regimes im Iran und die damit einhergehende erneute Ölverknappung durch die OPEC waren nicht vorauszusehen.

Folgende Maßnahmen der OECD und Ereignisse, die Hand in Hand gingen, können bei einer retrospektiven Betrachtung für einen Rückfall der OPEC in die alte Rolle als bloßer Billigöl-Lieferant für die Wachstumsmaschinerie der Industriestaaten verantwortlich gemacht werden: (a) Umfangreiche Subventionierung der fossilen und atomaren Energieproduktion außerhalb des OPEC-Raums, die auf 200-300 Mrd. US-Dollar jährlich geschätzt wird, um das weltweite Energieangebot auszubauen.[5] (b) Umfangreiche Waffenexporte wurden in die Ölstaaten des Persischen Golfs eingefädelt, um auf dem schnellsten Wege die Petro-Dollars in den OECD-Kapitalmarkt zu „recyclen“. Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass

[4] So gesehen sind die Ursachen des „dritten Ölpreisschocks“ durchaus nicht rätselhaft wie der *Spiegel* vom 25. September 2000 behauptet. Die Situation „lässt Politiker, Ökonomen und selbst die OPEC-Vertreter völlig ratlos. Die üblichen Begründungen reichen jedenfalls nicht aus“, schreibt der *Spiegel*.

[5] Ausführlicher dazu vgl. Massarrat 1999: Milliarden-Subventionen für höheren Energieverbrauch, in: Solarzeitalter Nr. 4/1999.

Entwicklung der Rohölpreise und des weltweiten Mineralölverbrauchs 1935-2000



Quelle: Deutsche BP 1978; Energy Information Administration- Department of Energy 1999: Energy Overview; International Energy Agency 2000: Monthly Oil Market Report September 2000; Economic report to the president of the united states february 2000 (Anmerkungen: Bei Ölpreis: bis 1944 US Öldurchschnittspreis, 1945-1985 Arabian Light, ab 1986 Dubai. Bei Mineralölverbrauch: 1935-1950 weltweite Rohölförderung, ab 1951 weltweiter Ölverbrauch)

diese Rüstungsexporte an der Entstehung beider Golfkriege Anfang der achtziger und neunziger Jahre maßgeblichen Anteil hatten und eine Spirale der Zerstörung und des Wiederaufbaus in Gang setzten. Innerhalb weniger Jahre verwandelten sich die Ölstaaten am Persischen Golf trotz ihrer beträchtlichen Devisenüberschüsse zu Staaten mit der höchsten Auslandsverschuldung und der erneuten Abhängigkeit vom Tropf der Öleinnahmen. (c) Die Golfkriege bedeuteten für alle Ölstaaten des Persischen Golfs einen herben Rückschlag für ihre ökonomische Entwicklung, ihre Souveränität und für ihre Marktmacht auf den Ölenergiemärkten. Die Ölprinzen der drei bevölkerungsarmen, aber ölreichsten Staaten der Welt am Persischen Golf, nämlich Saudi-Arabien, Kuwait und Arabische Emirate, verstärkten ihre Allianz mit den USA und tauschten militärischen Schutz und Sicherheit für die eigene Herrschaft gegen die Bereitschaft, mit allen ihren Möglichkeiten eine erneute Ölverknappung durch die OPEC zu verhindern. Als beispielsweise die Ölverkäufe von Irak und Kuwait mit Marktanteilen von beachtlichen 20% nach der irakischen Invasion in Kuwait gänzlich ausfielen, sprang Saudi-Arabien in die Bresche, deckte fast über Nacht diese Lücke und erreichte durch Ausweitung seiner Produktionskapazität, dass es trotz eines so drastischen Ausfalls der Ölexporte nicht zu einer Ölverknappung und zu einem neuen Ölpreissprung kam.

Die OECD-Strategie hatte Erfolg, die OPEC hatte ihre Marktsouveränität auf dem Ölweltmarkt spätestens 1985 weitgehend verloren. Die Golfstaaten produzierten Öl, nicht um ihre Einnahmen zu optimieren, sondern um Kriegs- und Rüstungskosten sowie die steigenden Auslandsschulden zu finanzieren. Sie versuchten, durch Überproduktion ihre Einnahmen zu erhöhen, verursachten statt dessen Dumpingpreise und sinkende Einnahmen. Der Teufelskreis der Ölschwemme, des sinkenden Preises und des steigenden Ölverbrauchs bestimmte erneut die Entwicklung auf dem Weltmarkt, ein Prozess, der sich 15 Jahre lang bis April 1999 gehalten hat (vgl. Grafik).

Instrumentalisierung der Ölpreise zur Umverteilung der Ölrenten

Die Industriestaaten verfolgen mit ihrem erklärten Ziel der Verhinderung einer Ölverknappung und der Bereitstellung einer hinreichenden Ölmenge zu jeder Zeit und an jedem Ort die Herstellung von Rahmenbedingungen für ein möglichst störungsfreies Wirtschaftswachstum. Mit dem Instrument der Ölüberproduktion und der Durchsetzung von Dumpingpreisen wird jedoch gleichzeitig ein ganz anderes Ziel verfolgt, das sowohl in der wissenschaftlichen wie in der öffentlichen Diskussion kaum reflektiert wird. Hinter den Dumpingpreisen verbirgt sich nämlich ein Kampf um die Verteilung von gigantischen Ölrenten. Die aktuelle Ölrente ist die Differenz zwischen dem Knappheitspreis auf den Ölmärkten und den jeweiligen Förderkosten. Marktgerechte, also nicht künstlich hochgeschraubte Knappheitspreise stellen sich ein, (a) wenn alle Marktteilnehmer ihre Marktentscheidungen ausschließlich auf der Grundlage ihrer eigenen Nutzenkalküle treffen und nicht unter einem politischen Druck oder dem Druck sonstiger ökonomischer Zwangsmechanismen, und (b) wenn alle Energieträger in echte Wettbewerbsbeziehungen zu einander treten, d.h., wenn alle Subventionen, Zölle, Sondersteuern wegfallen.

Der bisher nur 1980 erreichte Preis von ca. 40 (gemessen an heutiger Kaufkraft ca. 70) US-Dollar/Barrel liefert nach diesem Kriterium einen Anhaltspunkt für die Richtung eines durch Marktkräfte regulierten Öl-Knappheitspreises. Dieser Preis dürfte jedenfalls deutlich über 30 US-Dollar/Barrel liegen, da bei diesem Preis Grenzressourcen wie Ölschiefer oder regenerative Energien ihre Rentabilitätsgrenze noch nicht erreicht haben werden. Wahrscheinlicher ist, dass der Ölknappheitspreis inflationsbereinigt sich irgendwo zwischen 30 und 70 US-Dollar/Barrel bewegt (vgl. Grafik). Selbst bei einer pessimistischen Schätzung des Knappheitspreises von 50 US-Dollar/Barrel und den für die OPEC durchschnittlichen Förderkosten von ca. 5 US-Dollar/Barrel würde die Ölrente der OPEC pro Barrel gegenwärtig ca. 45 US-Dollar betragen. Dies ergibt für die OPEC z.B. für 1998 bei einer täglich exportierten Menge von 20,4 Millionen Barrel eine Ölrente im Gesamtvolumen von 918 Millionen US-Dollar pro Tag bzw. 335 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Erreichen die

Marktpreise den Knappheitspreis von 50 US-Dollar/Barrel, so eignet sich die OPEC die gesamte Ölrente an. Fallen dann die Preise auf das Niveau von Förderkosten von 5 US-Dollar/Barrel herab, so fällt die gesamte, nicht sichtbare, aber dennoch disponible Ölrente den Verbraucherstaaten zu. Der Ölpreis übernimmt so die Verteilungsfunktion.

Bei einem Öl-Dumpingpreis von beispielsweise 10 US-Dollar/Barrel, wie in 1998, kommen von den 335 Mrd. US-Dollar der Ölrente lediglich ca. 37 Milliarden US-Dollar in Form der Produzentenrente allen OPEC-Staaten zusammen zugute, während die Restsumme von 298 Mrd. US-Dollar als Konsumentenrente in den ökonomischen Kreislauf aller Staaten einfließt, die OPEC-Öl importieren. 71% davon, nämlich ca. 212 Mrd. US-Dollar, münden in die OECD-Ökonomien ein, immerhin 0,7% des gesamten OECD-Sozialproduktes. Bei einem Ölpreis von 30 US-Dollar/Barrel verschiebt sich der Rentenanteil zu Gunsten der OPEC, der auf ca. 187 Mrd. US-Dollar steigt, während der Anteil aller übrigen Staaten auf ca. 148 Mrd. US-Dollar zusammenschrumpft. Nutznießer dieser Umverteilung der Ölrente sind letztendlich die Konsumenten der ölimportierenden Ökonomien. Den Regierungen dieser Staaten blieb dieser unsichtbare Sachverhalt nicht verborgen, sie fingen an, an der Konsumentenrente mit zu partizipieren. Das finanzpolitische Instrument dazu ist die Mineralölsteuer. So erhöhten die Staaten der Europäischen Union seit 1972 ihre Mineralölsteuern von 18,7 Milliarden US-Dollar bis 1996 kontinuierlich auf die stolze Summe von über 165 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Damit erzielt sie 1996 durch die Ölimporte aus der OPEC höhere Einnahmen als die OPEC selbst durch die Ölexporte. Allein die Bundesregierung hatte in den Jahren 1996-1998 durch die Mineralölsteuern deutlich höhere Einnahmen erzielt als das größte Erdölexportland Saudi-Arabien durch seine Exporte. Der Streit zwischen den Regierungen und den Bürgern der Verbraucherstaaten um die Höhe der Mineralölsteuern, neuerdings auch um die Höhe der „Ökosteuer“, ist im Lichte dieser Betrachtung in Wahrheit ein Streit um die Anteile an einer Wertschöpfung, die mittels des Ölpreises den Öleigentümern abgenommen und in den eigenen ökonomischen Kreislauf umgeleitet wird.

Durch die Instrumentalisierung der Ölpreise für die Umverteilung der Ölrente wurde und wird die Allokationsfunktion, und damit der wirksamste Steuerungsmechanismus der Marktwirtschaft gänzlich ausgehebelt. Zu welchen Fehlallokationen und Fehlentwicklungen eine derartige Umfunktionierung geführt hat, wissen wir nur allzu gut aus den Erfahrungen in den sozialistischen Planwirtschaften. In der kapitalistischen Weltwirtschaft wurde durch Verhinderung von Ölknappheitspreisen und Instrumentalisierung der Ölpreise zu Rentenverteilungszwecken eine de facto planwirtschaftliche Regulierung der Ölpreise etabliert, die fundamentale und epochale Fehlentwicklungen hervorrief: Die rasante fordistische Massenproduktion, der exponentiell steigende Massenkonsum, der massive Ausbau des Individualverkehrs, die energieintensiven Bauweisen und Siedlungsstrukturen wurden weltweit durch die künstlich niedrig gehaltenen Energiepreise und den verschwenderischen Energieverbrauch über den gesamten Zeitraum des vergangenen Jahrhunderts stimuliert. Die negativen Auswirkungen der dadurch ausgelösten Fehlallokationen in nahezu allen Sektoren für die gegenwärtigen und die zukünftigen Generationen und für die Natur dürften nicht weniger gravierend sein als die Auswirkungen der Fehlallokationen durch falsche Preissignale in den sozialistischen Planwirtschaften.

Diese strukturellen Fehlentwicklungen wurden auch nach den Schocks von 1974 und 1980 nicht nur fortgesetzt, sondern vielmehr intensiviert. Die Öldumpingpreise der letzten 15 Jahre sorgten für zweistellige Wachstumsraten beim Güterverkehr und führten zu einer Umschichtung des Güterverkehrs von der Bahn auf die Strasse, zur Verlagerung von Lagerhaltung aller Betriebe durch „just-in-time“-Systeme auf die Strasse und zum massiven Ausbau des energieintensiven Ferntourismus sowie ebenfalls zu zweistelligen Wachstumsraten in der gesamten Tourismusbranche. Die Öldumpingpreise machten alle guten, durch die Ölpreisschocks ausgelösten Ansätze beim Ausbau regenerativer Energienutzung zunichte, sie absorbierten erhebliche Ressourcen für Maßnahmen der Schadensbegrenzung und kanalisierten den Blick der umweltpolitisch engagierten

Nichtregierungsorganisationen und Politiker auf Scheinlösungen wie Ökosteuern und Emissionshandel.

3. Angebots- und nachfrage-orientierte Lösungen im Vergleich

Wie die OPEC-Ölverknappungsversuche von 1974 und 1979 belegen, können Klimaschutzziele am wirksamsten durch direkte Verknappung auf der Anbieterseite erreicht werden. Umgekehrt laufen Maßnahmen auf der Verbraucherseite, erst recht wenn sie wie die Ökosteuern selektiv konzipiert sind, ins Leere und schieben die Umsetzung von Reduktionsverpflichtungen nur noch hinaus, solange Ölüberproduktion und Dumpingpreise vorherrschen. Dies soll durch einen Vergleich an Hand der aktuellen OPEC-Ölverknappung und der Ökosteuer in der Bundesrepublik Deutschland illustriert werden**.**

Auf ihrer 107. Konferenz beschloss die OPEC am 23. März 1999 in Wien, ihr Ölangebot ab 1. April 2001 um ca. 9% zu kürzen. Dies geschah in enger Kooperation mit den Nicht-OPEC-Staaten Mexiko, Rußland, Norwegen und Oman, die sich ebenfalls zur Angebotskürzung verpflichtet haben. Dies ist ein Novum in der Geschichte der ölproduzierenden Staaten. Seit diesem Beschluss bewegt sich der Ölpreis wieder nach oben und stieg sogar auf die Marke von 30 US-Dollar/Barrel. Die kontinuierlich steigenden Ölpreise seit April 1999 um über 300% auf dem Weltölmarkt signalisieren die ungeheure Spannung, die zwischen einem marktmäßig erzielbaren Ölpreis und dem offensichtlich zu niedrigen Ölpreis von 10 US-Dollar bestanden hat. Die Märkte reagierten auf eine im Grunde geringfügige Angebotskürzung sehr elastisch, die Verbraucher nahmen die Verknappung der OPEC als ein sehr ernstes Knappheitssignal wahr. Binnen weniger Monate stiegen die Benzinpreise dank der OPEC-Verknappungspolitik um ca. 60 Pf/Liter. Dadurch wurde mit einem Schlag das erreicht und sogar überschritten, was die rot-grüne Bundesregierung erst nach 10 Jahren an höheren Preisen durch Ökosteuern erreichen wollte. Die ökologischen Lenkungseffekte der Angebotsverknappung sind in Europa deutlich zu spüren. Spediteure befürchten massenhafte Konkurse, da die Wettbewerbsfähigkeit der Schienentransporte wieder zunehmen könnte, die Nachfrage nach Bahnreisen nimmt zu, Mitfahrzentralen in der Bundesrepublik erhalten massiven Zulauf und man fängt an, die Tatsache der Knappheit fossiler Energieressourcen wieder ernst zu nehmen. Die OPEC bedient sich des Instruments der Mengenverknappung freilich nicht aus Gründen des Klimaschutzes, sondern aus purem Eigeninteresse. Für den Klimaschutz sind jedoch die OPEC-Motive unerheblich. "Es ist egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache sie frisst Mäuse", sagte einst Chinas legendärer Wirtschaftsreformer Deng Siao Ping.

Ob die "Ökosteuer" der Bundesregierung als eine selektive Maßnahme auf der Nachfrageseite, die zum 1. April 1999 ganz zufällig zeitgleich zum OPEC-Verknappungsbeschluss eingeführt wurde, überhaupt eine ökologische Lenkungswirkung erzielte, muss stark bezweifelt werden. Länder wie Dänemark, Niederlande, Norwegen, Schweden und England, in denen seit 1993 Ökosteuern eingeführt wurden, verbrauchten in den letzten Jahren jedenfalls nicht weniger fossile Energien und verzeichneten ähnliche Verbrauchssteigerungsraten wie die europäischen Staaten Österreich, Belgien oder Italien, die bisher keine Ökosteuern eingeführt haben.[6] Mit der ökologischen Steuerreform verfolgt die Bundesregierung zuallererst das Ziel, die Renten zu finanzieren, die Lohnnebenkosten zu senken, die Standortvorteile der Bundesrepublik gegenüber den Lohnniedrigländern zu halten bzw. auszubauen. Damit verbessern sich die Wachstumschancen der deutschen Wirtschaft, die die Nachfrage nach Energie zusätzlich stimulieren. Insofern können Ökosteuern beim besten Willen weder konzeptionell noch hinsichtlich ihrer praktischen Wirkung ernsthaft als ein Instrument mit ökologischer Lenkung angesehen werden.

Selbst wenn Ökosteuern hoch genug wären, um ökologische Lenkungseffekte zu erzielen - eine Möglichkeit, die angesichts innerpolitischer Akzeptanzprobleme vorerst nur hypothetisch

[6] Vgl. Massarrat 2000: 224 f.

ist -, bieten sie überhaupt keine Gewähr für eine Verbrauchssenkung in absoluten Mengen. Steigendes Wirtschaftswachstum und steigende Einkommen stimulieren steigenden Energieverbrauch und fressen die einst erzielten Energieeinspareffekte alsbald wieder auf. Bei Energieüberproduktion und unelastischen Energiepreisen verlieren selbst sehr hohe Ökosteuern der Nachfrageseite ihre Lenkungswirkung. Verknappen aber die Anbieter ihr Energieangebot und steigen die Energiepreise, dann sind Ökosteuern eigentlich überflüssig. Ökosteuern eignen sich allerdings sehr wohl als ein vorzügliches Thema für politische Scheingefechte und populistische Kampagnen zur Verdummung und Mobilisierung des Wahlvolks, wie wir es gerade in der Bundesrepublik erleben. Als ein weiteres Klimaschutzinstrument auf der Verbraucherseite gilt der Emissionshandel, der indirekt zur Mengenverknappung führen könnte. Dieses Instrument erfordert allerdings eine aufwendige Kontrolle und verursacht sehr hohe Transaktionskosten, es sei denn, der gesamte Handel bliebe in der Hand einer kontrollierbaren Anzahl von Akteuren. Um so gewichtiger sind dann die Gründe dafür, die Verknappung nicht indirekt über den Emissionshandel, sondern direkt bei den Anbietern anzusetzen.

Die Verknappung auf der Anbieterseite, und damit das Mengeninstrument, ist klimaschutzpolitisch den isolierten Instrumenten auf der Verbraucherseite in der Theorie wie in der Praxis weit überlegen. Das Übel an der Wurzel packen, dieses volkstümliche Sprichwort bewahrheitet sich auch hier. Vorsorgen, um nicht später mit erheblich höheren Folgekosten nachsorgen zu müssen. Es ist allemal wirkungsvoller und billiger, ökologische Maßnahmen "at the begin of pipe" anzusetzen, statt "on the end of pipe" und nicht nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist. Können wir uns aber deshalb auf die Verknappungspolitik der OPEC verlassen und ihr getrost eine wirkungsvolle Klimaschutzstrategie anvertrauen? Meine Antwort ist ganz klar: Nein! Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe und als solche viel zu wichtig, um sie einer Organisation wie der OPEC zu überlassen, deren primäres Ziel die Wahrung eigener ökonomischer Interessen ist.

4. Neue Wege und Allianzen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Das Konzept eines globalen New Deals

Die Verknappungsbeschlüsse der OPEC vom Februar 1999 haben sicherlich eine neue Preisbewegung auf dem Weltmarkt in Gang gesetzt. Für den gegenwärtigen Ölpreissprung von 10 auf über 30 US-Dollar/Barrel sind jedoch auch andere Faktoren verantwortlich: Dazu gehören die steigende Ölnachfrage, insbesondere in Wachstumsregionen der USA und Asiens und abnehmende Produktionskapazitäten einiger OPEC-Staaten. Einen gewissen Einfluß haben dabei sicherlich auch wilde Spekulationsgeschäfte an den Ölbörsen. Ein wesentlicher Grund dieser Entwicklung besteht jedoch in abnehmenden politischen Konflikten unter den Ölstaaten am Persischen Golf und in wachsender Einigkeit innerhalb der OPEC und mit den anderen ölexportierenden Staaten, die nicht in der OPEC sind. Ob jedoch die OPEC in der Lage sein wird, dem massiven Druck der USA und anderer OECD-Staaten Stand zu halten, ist mehr als fraglich. Immerhin hat die OPEC unter dem Druck der USA ihre Produktion im laufenden Jahr um mehr als 3 Millionen Barrel pro Tag (ca. 15%) ausgeweitet und damit die 9%ige Drosselung im vergangenen Jahr mehr als wettgemacht. Saudi-Arabien kann jederzeit seine Förderkapazität beträchtlich ausweiten. Mit der Aufhebung von UNO-Sanktionen gegen den Irak und der Ausweitung von dessen Förderkapazität ist ein erneuter Öl-Preisrückgang keineswegs auszuschließen. Damit sind Ölpreissprünge und Instabilitäten und insgesamt eine Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen zur Umsetzung von Klimaschutzzielen vorprogrammiert.

Die Stärke der Marktwirtschaft ist in der Allokationsfunktion von Marktmechanismen begründet; sie kann jedoch den dafür unerlässlichen sozialen und ökologischen Rahmen nicht selbst schaffen, dieser muss politisch vorgegeben werden. Geschieht dies nicht, so wären soziale Verwerfungen wie im 18. und 19. Jahrhundert bzw. ökologische Instabilitäten und Zerstörungen, wie durch den fossilen Energieverbrauch im 20. Jahrhundert verursacht, unvermeidlich. Auf diesen Leitgedanken basiert die Perspektive des globalen New Deal für

eine nachhaltige Klimaschutzpolitik. Dadurch werden folgende strukturell und institutionell miteinander verzahnten Ziele verfolgt:

(a) Reduktion des Angebots und Verbrauchs aller fossilen Energieträger nach einem klimapolitischen Reduktionsszenario, das unter den international anerkannten Klimaforschern unstrittig ist, um in diesem Jahrhundert aus der fossilen Energieversorgung auszusteigen.
(b) Verhinderung von dramatischen Turbulenzen und ökonomischen Brüchen sowie sozialen Schieflagen in den OECD-Staaten und die Vermeidung von drastischen Einnahmensenkungen, Instabilitäten und sozialen Krisen, insbesondere in den von Öleinnahmen stark abhängigen bevölkerungsreichen OPEC-Staaten.
(c) Herstellung der Chancengleichheit bei der langfristigen Energieversorgung für alle Staaten mit unterschiedlichen natürlichen, finanziellen und menschlichen Potentialen und Interessen, um die weltweite klimaschutzpolitische Akzeptanz auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Dazu gehört ein Lastenausgleich für einkommensschwache Gruppen und für ärmere Staaten, um soziale Härten abzufedern und den erforderlichen Technologietransfer zur Umstellung der Energieversorgung dieser Länder auf regenerative Energiequellen zu finanzieren. Klimaschutzpolitik wird gleichzeitig eine globale Strukturpolitik.

Diese Ziele dürften bei einer überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung auf Zustimmung stoßen, wenn es gelänge klarzumachen, dass die Verknappung von fossilen Energien nach einem Ausstiegsszenario mit Reduktionsraten von 1–2% jährlich - dies entspricht der Spannbreite verschiedener Szenarien - erstens zu moderaten Preissteigerungen führt und zweitens den wirkungsvollsten Hebel darstellt, um die weltweite Wende weg von der fossilen hin zu regenerativer Energieversorgung auf eine solide Grundlage zu stellen. Es gibt gute Gründe dafür, dass die Ölknappheitspreise von gegenwärtig 50 US-Dollar/Barrel nicht weiter ansteigen müssen. In dem Maße nämlich, wie durch eine Angebotsverknappung von Öl regenerative Energieträger rentabler werden und die Grenzkosten regenerativer Energietechnologien durch weltweite Massenproduktion sinken, stabilisieren sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Knappheitspreise für Öl- und andere fossile Energieträger. Die Grenzkosten regenerativer Energien dürften dann unter Wettbewerbsbedingungen den Öl-Knappheitspreis als Regulator der Energiepreise ablösen.

Die grundlegende Voraussetzung für die Verzahnung dieser drei Ziele ist ein internationaler Dialog- und Verhandlungsprozess zwischen OECD und relevanten Anbieterstaaten fossiler Energien (Öl, Kohle, Gas), der - analog zu den Konsensgesprächen über den Ausstieg aus der Atomtechnologie in Deutschland – initiiert werden und in die bereits bestehenden Klimaverhandlungen integriert werden müsste. Die zentrale Aufgabe dieser Konsensgespräche bestünde darin, auf der Basis eines gemeinsamen Reduktionsszenarios sowohl die jährlichen Verknappungsraten aller fossilen Energieträger insgesamt wie den weltweiten fossilen Energiemix für Rohöl, Kohle und Gas festzulegen. Diese Verknappungsraten wie auch der Mix können im Rahmen des Gesamtszenarios und der Restlaufzeit entsprechend den aktuellen technologischen und ökonomischen Veränderungen jeweils flexibel angepasst werden.

Die Anbieterstaaten müssten sich dann untereinander nach Maßgabe von rationalen und akzeptanzfähigen Kriterien über Produktionsquoten verständigen, die ebenfalls flexibel korrigiert werden können. Das Einzige, was bei den Konsensgesprächen nicht verhandelbar sein darf, sind die Preise. Sie werden einzig und allein den Marktkräften überlassen, und zwar selbstverständlich innerhalb des vereinbarten Mengenrahmens. Auf dieser Grundlage soll die Lenkungs- und Allokationsfunktion der Energiepreise zum ersten Mal jenseits von außerökonomischen Zwängen, von Willkür und Sonderinteressen der einzelnen Staaten unverfälscht zur vollen Wirkung kommen. Die politische Rahmensetzung für Märkte durch planmäßige Verknappung des fossilen Angebots setzt die Marktsteuerungsmechanismen in keiner Weise außer Kraft, so sehr auch interessierte Kreise lauthals das Gegenteil

behaupten und jegliche soziale und ökologische Regulierung der Ökonomie als Planwirtschaft zu diffamieren versuchen werden. Auch bei diesem Modell gehen freilich die ökologischen Lenkungseffekte von Preissignalen aus. Im Unterschied zu Preissignalen durch Ökosteuern handelt es sich hier jedoch um global für alle Ökonomien regulativ wirkende Knappheitspreise, die nicht unterlaufen werden können und daher nachhaltig sind. Dadurch werden aber nationale Einzelmaßnahmen wie Wärmeschutzverordnung, Quotenfestlegung für den Stromanteil aus der Wärme-Kraft-Kopplung, kostendeckende Vergütung für den Solarstrom etc. keineswegs überflüssig. Länder, die schon jetzt solche Einzelmaßnahmen ernst nehmen, sind gut vorbereitet und würden im Rahmen von New Deal und Knappheitspreisen für fossile Energieträger durchstarten und regenerative Energietechnologien rasch ausbauen.

Es gibt auch keinen Grund anzunehmen, dass Quotenvereinbarungen unter den Anbieterstaaten nicht zu erzielen sind. Hierfür gibt es positive Erfahrungen, sowohl bei der OPEC selbst wie bei den Kaffee produzierenden Ländern im Rahmen von Kaffeeabkommen. Die insgesamt geringe Anzahl von Akteuren verweist auf die günstige Möglichkeit, die Transaktionskosten auf ein Minimum zu reduzieren. 70% aller fossilen Energieressourcen (Öl, Kohle und Gas) konzentrieren sich auf nur 18 Staaten der Welt. Nur 15 von ihnen (die 8 OPEC-Staaten sowie Mexiko, Rußland, Norwegen, Australien, Südafrika, Polen und Kanada) verfügen über Überschüsse, die sie in den Weltmarkt exportieren.

Die Vereinbarung über einen globalen Lastenausgleich durch Einrichtung eines globalen Klimafonds ist das weitere Element des New Deal. Der Fonds kann (a) durch eine Besteuerung der Öl(-Differential-)Renten, die ausschließlich auf Grund von natürlichen Produktivitätsunterschieden in verschiedenen Regionen entstehen und damit auch ethisch zu rechtfertigen sind, sowie (b) aus den Mineralölsteuereinnahmen der OECD-Staaten bezuschusst werden.

Der hier vorgestellte klimaschutzpolitische New Deal deckt sich weitestgehend mit den oben formulierten Zielen einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik. Er eröffnet darüber hinaus auch neue Perspektiven:

- Für die OECD-Staaten entsteht hinsichtlich der Energieversorgung Stetigkeit und Planungssicherheit. Preisturbulenzen, die damit verbundenen unvorhersehbaren Bewegungen der Finanzströme, Wechselkursschwankungen und Spekulationsgeschäfte würden weitgehend reduziert. Konflikte um die Verteilung von knappen Ölressourcen nähmen ab, Ängste über Strangulierung durch Öleigentümer verlören ihren Grund.
- Für die OPEC und die ölexportierenden Staaten wie Mexiko und Rußland entstünde ebenfalls eine neue Perspektive langfristiger Planungssicherheit, der heilsame Druck zur Abkopplung eigener Ökonomien von der Abhängigkeit der Öleinnahmen dürfte deutlich zunehmen. Auch diese Staaten würden in ein für alle verbindliches Klimaabkommen eingebunden.
- Innerstaatliche Konflikte um die klientelistische Verteilung der Ölrenten und zwischenstaatliche Konflikte, Kriege und ein zerstörerisches Wettrüsten in ölreichen Regionen wie am Persischen Golf, am Kaspischen Meer, in Westafrika und anderswo, könnten aller Wahrscheinlichkeit nach auf ein Minimum reduziert werden. Die soziale Basis für machthungrige Diktatoren wie Saddam Hussein würde schwächer, dagegen würden die Voraussetzungen für die Demokratisierung in den Ölstaaten deutlich stärker.
- Die Klimaschutzpolitik wird so dem Zugriff von taktischen innen- und parteipolitischen Auseinandersetzungen und Kampagnen entzogen und auf die politische Plattform gehoben, die ihr angemessen ist.

Es mag sein, dass der hier vorgestellte New Deal wegen der Komplexität der internationalen Beziehungen und den politischen Unwägbarkeiten bei oberflächlicher Betrachtung als gegenwärtig unrealistisch erscheint. Der Ausstieg aus der fossilen Energie durch planmäßige

Angebotsreduzierung ist auch national oder EU-weit anwendbar.[7] Stellen wir uns jedoch über unsere "Zeitgefängnisse" (Robert Jungk), so eröffnen sich doch noch neue Wege, Allianzen und Realisierungsmöglichkeiten.

Wer sind aber die sozialen Träger dieses hier vorgestellten New Deal und welche Strategie verspricht die höchsten Erfolgschancen? Es wäre zwar wünschenswert, wenn alle relevanten Exporteure fossiler Energien der OPEC- und Nicht-OPEC-Staaten zunächst mit den OECD-Staaten umgehend in einen gemeinsamen Dialogprozess einträten. Dies erscheint allerdings vorerst als unrealistisch. Weder die OPEC- noch die OECD-Staaten sind monolitische Blöcke. Die USA würden die Initiative für eine globale Mengenregulierung bei fossilen Energien eher bremsen als fördern. Eine Verknappung des Angebots fossiler Energien würde den Vereinigten Staaten als dem größten Verbraucher und Verschwender fossiler Energieträger in der Welt höchste Anstrengungen für einen ökonomischen Strukturwandel und die Änderung ihres Konsumstils abverlangen. Jeder amerikanische Präsident könnte mit einem Krieg für das Öl Wahlen gewinnen, mit Maßnahmen, die zu steigenden Energiepreisen führen könnten, jedoch Wahlen verlieren. Die USA werden daher absehbar nicht in der Lage sein, aus eigener Kraft nennenswerte Veränderungen eigener Energieverbrauchsstrukturen zustande zu bringen. Die Bremserrolle der USA bei den bisherigen Klimaverhandlungen resultiert aus diesen innenpolitischen Hindernissen. Im Unterschied zu den USA haben die europäischen OECD-Staaten, gemessen am eigenen klimaschutzpolitischen Anspruch, dem stärkeren Umweltbewusstsein ihrer Bevölkerungen und ihrem geringeren Pro-Kopf-Verbrauch an fossilen Energieträgern deutlich günstigere Ausgangsbedingungen für die Initiative zu einem ernsthaften Dialog mit den ölexportierenden Staaten und auch größeres Interesse an der Umsetzung der oben angeführten drei Klimaschutzziele.

Die OPEC spaltet sich in zwei Gruppen mit erkennbar unterschiedlichen Langzeitinteressen: Erstens die bevölkerungsarmen, aber ölreichen finanzstarken und monarchistisch regierten Staaten Saudi-Arabien, Kuwait und Arabische Emirate mit ca. 45% der Weltölvorräte und 58% der OPEC-Ölreserven. Das Schicksal der herrschenden Eliten dieser Staaten ist auf Gedeih und Verderb mit der US-Energie- und Außenpolitik verknüpft. Daher werden diese OPEC-Staaten für eine Mengenverknappung vorerst nicht zu haben sein. Zweitens alle anderen OPEC-Staaten, die über deutlich geringere Ölreserven verfügen, finanzschwach und hochverschuldet sowie mehrheitlich bevölkerungsreich sind. Aus diesen Gründen haben diese OPEC-Staaten ein Interesse an der Optimierung ihrer Öleinnahmen und an einer langfristigen Planungssicherheit, die im Rahmen eines klimapolitischen Reduktionsszenarios am effizientesten erreichbar wären. Ein ähnliches Interesse kann auch den Nicht-OPEC-Staaten Mexiko und Rußland unterstellt werden.

Aus der dargestellten Interessenkonstellation wird erkennbar, dass die USA auf der Seite der OECD und das Monarchisten-Trio auf der Seite der OPEC für den ersten Schritt zu einem klimaschutzpolitischen New Deal nicht in Fragen kämen. Übrig bleiben auf der OECD-Seite die europäischen Staaten und auf der Seite der Anbieterstaaten die ölarmen, aber bevölkerungsreichen OPEC-Staaten wie Iran, Nigeria, Venezuela, die Nicht-OPEC-Staaten Mexiko und Rußland sowie Polen als wichtiges Kohleexportland.

Das New Deal-Konzept beruht auf der Idee kooperativer Konfliktlösungsstrategien. Im Vordergrund steht dabei ein Ausgleich gegenseitiger Interessen. Die militärisch-geostrategischen Potentiale der Industriestaaten werden dabei keine Rolle spielen. Den Vereinigten Staaten dürfte es daher schwer fallen, sich auf ein Verfahren einzulassen, bei dem ihre militärische Stärke keine Rolle mehr spielen kann. Dennoch werden auch sie sich dem New Deal, ist das Projekt erst einmal angestoßen, auf Dauer nicht verschließen können. Ein US-Präsident Al Gore, sofern ihm der ökologische Hintergrund noch nicht ganz abhanden gekommen ist, wäre höchstwahrscheinlich sogar dankbar dafür, den

[7] Näheres dazu vgl. Massarrat 2000: 243 ff.

unerlässlichen ökonomischen Strukturwandel zur drastischen Senkung des fossilen Energieverbrauchs nicht innenpolitisch, sondern mit einem wirkungsvollen klimaschutzpolitischen Druck von außen legitimieren zu müssen. Nur durch die Einigkeit der Europäischen Staaten und den dadurch ausgelösten Legitimationsdruck haben die USA sich letztlich auf das Klimaprotokoll von Kioto eingelassen. Dieser Druck wäre um so stärker, würde sich Europa tatsächlich mit einem Teil der OPEC-Staaten, sowie mit Rußland und Mexiko zu einer klimapolitischen Allianz verbünden. Diese Allianz dürfte jedenfalls stark genug sein, um den Energieverbraucher-Koloss USA in Bewegung zu setzen. Dem Trio Saudi-Arabien, Kuwait und Arabische Emirate bliebe dann kaum etwas anderes übrig als mitzuziehen.

Gerade auch aus diesem Grund entstünde für Europa die realistische Perspektive, die eigene fossile Energieversorgung in der Restlaufzeit auf eine neue Grundlage zu stellen, die von den USA und deren militärisch basierter Außenpolitik im Mittleren Osten unabhängig ist. Der klimaschutzpolitische New Deal wäre in dieser Perspektive ein nicht unwesentlicher Schritt für die Ablösung der Amerikanisierung globaler Beziehungen durch eine ökologisch, sozial und politisch nachhaltige Form der Globalisierung. Es stellt sich nun die Frage, ob erkannt wird, dass dieser New Deal ein Innovationspotential ungeahnten Ausmaßes für kooperative Lösungsstrategien und global nachhaltige Reformen impliziert, und dass dadurch eine neue Perspektive eröffnet wird. Ferner stellt sich die Frage, wie die sozialen Träger dafür in der Bundesrepublik und in Europa mobilisiert und wie die politisch-psychologischen Hindernisse, die auf dem Weg liegen, überwunden werden können.